

Stadtrat der Stadt St.Gallen
Rathaus
9001 St.Gallen

St.Gallen, 14. Februar 2026

Einfache Anfrage

Eingereicht von der SP/JUSO/PFG-Fraktion

Fragwürdiger Umgang der Stadtpolizei mit der «Mass-Voll»-Demonstration vom 14. Februar 2026

Am frühen Samstagnachmittag des 14. Februar 2026 kam es zu zwei Demonstrationen gegen die im neuen kantonalen St. Galler Gesundheitsgesetz geplante Impfpflicht. Gemäss Schilderung des St. Galler Tagblatts¹ startete um 12.30 Uhr eine bewilligte Kundgebung von «Mass-Voll» um Nicolas Rimoldi. Später fand eine zweite impfkritische Veranstaltung durch die impfkritische Bewegung «Meine Entscheidung» statt. Eine Gruppierung namens «Ostschweiz nazifrei» rief zu Gegenaktionen auf. Die Polizei entzog der «Mass-Voll»-Demonstration aufgrund der Lageentwicklung die Bewilligung für den Marsch durch die Stadt – erlaubt wäre einzig eine stationäre Bewilligung am Kornhausplatz gewesen.

Trotz Entzug der Bewilligung marschierten Nicolas Rimoldi, der bereits mehrfach verurteilt worden ist und aus der rechtsextremen Szene bekannt ist,² mit einem Demo-Zug von rund 600 Personen durch die St.Galler Innenstadt. Dies mit Hellebarden bewaffnet und mitten in der Fasnacht am Tag des Föbü-Verschuss sowie am Tag des Heimspiels des FCSG gegen GC. Die Polizei setzte Pfefferspray gegen verschiedene Gruppierungen ein. Gleichzeitig berichteten mehrere Einzelpersonen, insbesondere junge Frauen, dass sie von der zivilen Polizei handgreiflich davon abgehalten wurden, ihre Missgunst friedlich am Rande des Demozugs bekanntzugeben. Dabei seien ihre Personalien aufgenommen worden und sie seien mündlich aus der Stadt verwiesen worden, obwohl sie hier Wohnsitz hätten.

Die SP/JUSO/PFG-Fraktion stellt sich kritische Fragen in Bezug auf die Bewilligungspraxis der Stadt St. Gallen und dem Einsatz der Stadtpolizei und fordert eine Aufarbeitung des Geschehenen. Wir bitten den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Wie beurteilt der Stadtrat die Bewilligungspraxis der vorstehend genannten «Mass-Voll»-Demonstration? Wurden die rechtsextremen Verbindungen der Verantwortlichen, der Einsatz von Waffen sowie Parallel-Anlässen wie die Fasnacht und das FCSG-Heimspiel berücksichtigt?
2. Inwiefern beurteilt der Stadtrat den Umgang der Polizei mit der Demonstration (Polizeieinsatz)? Sind die getroffenen Massnahmen gegenüber des Demozugs sowie gegen Einzelpersonen als geeignet und verhältnismässig zu werten?
3. Ergreift die Stadt St. Gallen vorliegend strafrechtliche Anzeige gegen Nicolas Rimoldi und die weiteren Organisator*innen der Demonstration?

¹ <https://www.tagblatt.ch/ostschweiz/ressort-ostschweiz/nicolas-rimoldi-und-mass-voll-impfgegner-mit-demos-in-stgallen-ld.4118432>.

² Siehe <https://www.srf.ch/news/schweiz/kontroverse-freedom-festival-rechtsextreme-vernetzen-sich-mit-nationalratskandidaten>, <https://www.srf.ch/news/international/oesterreich-rechtsextreme-fordern-in-wien-remigration> und <https://www.watson.ch/schweiz/justiz/537700251-rimoldis-x-post-ueber-tote-thurgauer-regerungsraetin-prozess-im-maerz>.

4. Beabsichtigt der Stadtrat eine Aufarbeitung des Geschehenen?

Freundliche Grüsse

Angelica Schmid Bärlocher

Lydia Wenger